

Stellenausschreibung: Referent*in für Rechtspolitik

Die BAfF e.V. (Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer), ist der Dachverband der Psychosozialen Zentren für Überlebende von Krieg, Folter und Flucht in Deutschland. Seit über 25 Jahren setzen wir uns für eine flächen-deckende und niederschwellige Versorgung von geflüchteten Menschen ein.

Personen, die aufgrund ihrer Erfahrungen in ihrem Heimatland oder durch die Flucht krank oder traumatisiert sind, müssen schnell eine psychosoziale Begleitung oder einen Therapieplatz erhalten. Die BAfF vertritt die Interessen von Überlebenden schwerer Menschenrechtsverletzungen gegenüber der Politik und der (Fach)Öffentlichkeit, vernetzt Akteur*innen der psychosozialen Arbeit auf nationaler wie europäischer Ebene und beeinflusst durch Projekte, Veranstaltungen, Publikationen sowie gezielte Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit den fachlichen und den politischen Diskurs.

In der Geschäftsstelle der BAfF ist zum 1. Mai 2023 folgende Stelle zu besetzen:

Referent*in für Rechtspolitik (m/w/d, 20 Stunden/Woche)

Sie wissen, was das Aufenthaltsrecht und das Asylbewerberleistungsgesetz festlegt, sind idealerweise außerdem fit in medizin- und sozialrechtlichen Fragen und können die Rechtssprache in politische Forderungen übertragen. Sie sind an den aktuellen politischen Diskussionen über Asyl und Flucht und an der Arbeit einer Menschenrechtsorganisation sehr interessiert und können dezidierte Einschätzungen zu Gesetzesänderungen geben.

Somit tragen Sie dazu bei, dass die BAfF zentrale Botschaften an Politik und Öffentlichkeit vermitteln und die Interessen von traumatisierten Geflüchteten vertreten kann. Sie unterstützen die Advocacy-Arbeit der BAfF und helfen, langfristig für eine Verbesserung der Versorgungssituation von Geflüchteten in Deutschland zu sorgen. Zudem stehen Sie als Ansprechpartner*in für die Psychosozialen Zentren in rechtlichen Fragen – auch durch das Angebot von Schulungen – zur Verfügung.

Die Stelle ist projektfinanziert und zunächst auf ein Jahr befristet. Eine Verlängerung sowie eine Aufstockung des Beschäftigungsumfangs werden angestrebt.

Ihr Aufgabengebiet:

- Positionsentwicklung und Erarbeitung von Stellungnahmen zu übergreifenden Policy und Grundsatzfragen im Bereich des Asyl- und Aufenthaltsrechts und von Gesundheits- und sozialrechtlichen Angelegenheiten auf Bundesebene;
- Mitarbeit an Advocacy-Bestrebungen der BAfF zur Sicherung des Zugangs zu psychotherapeutischer und psychosozialer Behandlung und Beratung der Zielgruppe. Beratung der Mitgliedszentren der BAfF sowohl zu migrationsrechtlichen Fragestellungen als auch zu Themenkomplexen der Psychotherapie und psychosozialen Versorgung;
- Rechtliche Unterstützung innerhalb der Geschäftsstelle (u.a. Vereinsrecht und Vertragsgestaltung);
- Durchführung von Schulungen und Vorträgen für unterschiedliche Zielgruppen;
- Zuarbeit zur Pressearbeit und Aufarbeitung von juristisch komplexen Themen für die BAfF und die Mitgliedszentren;
- Kommunikation und Kooperation mit anderen NGOs, Vertreter*innen aus Politik und Verwaltung und die Vertretung der Interessen der BAfF in diesem Kontext;
- Mitarbeit an der Akquise von öffentlichen Mitteln sowie der Projektarbeit und Organisation der Geschäftsstelle.

Was Sie mitbringen sollten:

- abgeschlossenes juristisches, politik- oder sozialwissenschaftliches Hochschulstudium – bevorzugt berücksichtigt werden Bewerber*innen, die das 2. Juristische Staatsexamen erlangt haben;
- vertiefte Kenntnisse des Asyl-, Aufenthalts- und Asylbewerberleistungsrechts und der entsprechenden europäischen Richtlinien und internationalen Konventionen;
- große Bereitschaft, sich in neue Themenkomplexe eigenständig einzuarbeiten;
- sehr gute Kenntnisse der aktuellen politischen Fachdebatten;
- Fähigkeit zur Arbeit in einem multiprofessionellen Team;
- Bereitschaft zu bundesweiten Dienstreisen.

Wünschenswert sind:

- mehrjährige Berufserfahrung, vorzugsweise in NGOs, in der Menschenrechtsarbeit und der Advocacyarbeit im Bereich Flucht und Asyl;
- Kenntnisse zum deutschen Gesundheitssystem;
- gute Englischkenntnisse.

Wir bieten Ihnen:

- Eine vielseitige und anspruchsvolle Tätigkeit in verschiedenen Arbeitsfeldern;
- Mitwirkung an bundespolitischen Prozessen zur Verbesserung der psychosozialen Situation politisch Verfolgter;
- Ein qualifiziertes, sehr engagiertes und aufgeschlossenes Team;
- Ein angenehmes Arbeitsklima und flexible Arbeitszeitgestaltung;
- Die Vergütung erfolgt in Anlehnung an den TVöD 13 (Bund);
- Die Stelle ist zunächst auf ein Jahr befristet. Eine Verlängerung wird angestrebt. Der Arbeitsort ist in Berlin-Steglitz mit Option zum Home-Office.

Bewerbungsverfahren

Bitte richten Sie Ihre Bewerbung mit aussagekräftigen Unterlagen (inkl. Lebenslauf und Motivationsschreiben) bis zum **14. März 2023** in einer PDF-Datei (max. 5 MB) mit dem **Betreff „Bewerbung als Referent*in für Rechtspolitik“** per E-Mail an bewerbung@baff-zentren.org. Kosten, die im Rahmen des Bewerbungsverfahrens entstehen, können nicht übernommen werden. Ihre Ansprechperson ist Lukas Welz.

Wir streben eine gleichmäßige Repräsentation aller gesellschaftlichen Gruppen unter unseren Mitarbeitenden an und begrüßen alle Bewerbungen unabhängig von Geschlecht, Nationalität, ethnischer und sozialer Herkunft, Religion/Weltanschauung, Behinderung, Alter sowie sexueller Orientierung und Identität. Bewerbungen von Menschen mit Flucht- oder Migrationsbiographie werden ausdrücklich gewünscht und begrüßt.

Bitte beachten Sie unsere **Hinweise zum Datenschutz**: Wir sind berechtigt, die personenbezogenen Daten zum Zwecke der Durchführung des Bewerbungsverfahrens zu verarbeiten (vgl. Art. 6 Abs. 1 Lit. b DSGVO, § 26 Abs. 1 BDSG). Sechs Monate nach Abschluss des Bewerbungsverfahrens werden Ihre elektronisch übermittelten Daten gelöscht, es sei denn, sie werden zum Zwecke der Anstellung weiter benötigt.